



ALTERNATIVE NACHRICHTEN GÜNZBURG KRUMBACH

Ausgabe 10
März 2021

SPEZIAL:

Korruption bei der CSU?

Hat der CSU-Bundestagsabgeordnete Georg Nüßlein eine Zuwendung in Höhe von 660.000 Euro erhalten, weil er der Bayerischen Staatsregierung einen Maskenhersteller vermittelt hat?

Der Deutsche Bundestag hat die Immunität des CSU-Abgeordneten Nüßlein aufgehoben und ermittelt wegen Korruptionsverdacht. Nüßlein soll sowohl der Bundes- als auch der Bayerischen Staatsregierung im Verlauf der Coronakrise einen Maskenhersteller vermittelt haben und hierfür von dem Unternehmen einen hohen sechsstelligen Betrag erhalten haben. Bislang ungeklärt ist dabei die Rolle der Staatsregierung und des Bayerischen Ministerpräsidenten. Söder ist bekanntlich ein glühender Verfechter der Maskenpflicht

und in Bayern gelten bundesweit die strengsten Vorschriften bei der Maskenpflicht. Da ist es schon erstaunlich, dass nun gerade Politiker der CSU in eine Korruptionsaffäre verwickelt sind, deren Ausmaß sich derzeit noch nicht einmal erahnen lässt. Und wie war das gleich nochmal mit den sogenannten „Faceshields“ der Firma Baumüller, also der Gattin unseres verehrten Ministerpräsidenten? Auch dieser eigenartige Vorgang wurde bislang nicht abschließend geklärt. Nun wurde zusätzlich bekannt, dass auch der ehemalige bayerische Justizminister Alfred Sauter (CSU) an der Maskenbeschaffung verdient hat – bislang ebenfalls unter ungeklärten Umständen. Die entscheidende Frage bleibt also: Was muss noch alles passieren, bis die Bürger endlich aufwachen?

- **SÖDDR 2.0**
- **Endlos-Lockdown**

Weitere Themen:

- **Titel: Korruption bei der CSU?**
- **TOPTHEMA: Staatsversagen**
- **Einfamilienhaus in Gefahr**
- **Kampfansage des Mittelstands**
- **INFO: Friseure wieder offen**
- **Hungerkrise wegen Lockdown**
- **Insolvenzen in Bayern**
- **Klare Ansage im Kreistag**
- **Die gute Nachricht**

TOPTHEMA: STAATSVERSAGEN

Am 27. Februar 2021 setzte die Hamburger Polizei einen Hubschrauber ein, um die Einhaltung der sogenannten „Verweilverbote“ sowie der Maskenpflicht im Freien zu überwachen. Jogger, die ohne Masken unterwegs waren, wurden von den Beamten aufgehalten und verwarnt. Im Internet kursieren Fotos von Polizeibeamten, die mit Zollstöcken die Abstände zwischen Menschen abmessen. In einem Video sieht man, wie Beamte sogar bei einer Gruppe von Kindern

Ansehen der Polizei zu fördern. Jeder Polizeichef sollte sich fragen, ob das blinde Befolgen der hilflosen Vorgaben von Bundes- und Staatsregierung dem gesellschaftlichen Frieden zuträglich ist. Jeder Beamte hat einen Ermessensspielraum. Er kann entscheiden, ob ein Einsatz gegen spielende Kinder noch verhältnismäßig ist. Er kann abwägen, ob man Sportler an der frischen Luft tatsächlich dazu zwingen sollte, eine Maske zu tragen. Er kann seinen gesunden



DIE POLIZEI MUSS SICH AUF ANORDNUNG DER POLITIK BLAMIEREN

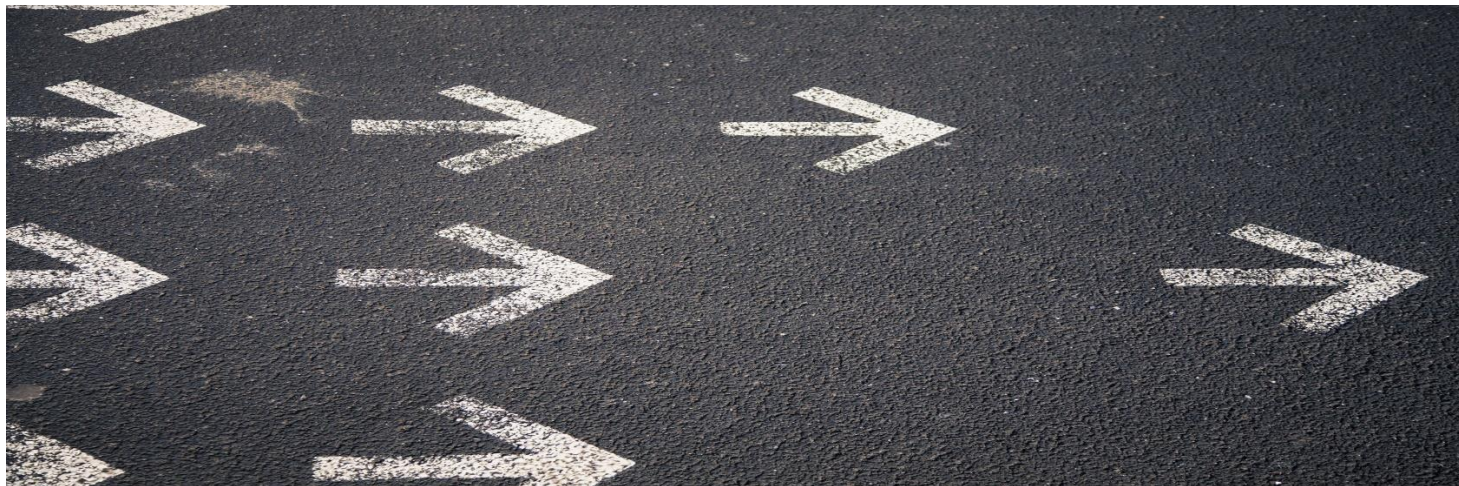
entsprechende Messungen vornehmen. Während die Behörden in vielen deutschen Großstädten längst aufgegeben haben, gegen aggressive Clankriminalität mit Menschen- und Drogenhandel, Prostitution und Raubüberfällen vorzugehen, sind die Beamten nun umso eifriger bei der Verfolgung von lächerlichen „Ordnungswidrigkeiten“ in Zusammenhang mit der Coronakrise. Bilder von Polizeibeamten, die kleine Kinder mit Drohgebärden von Schlittenbergen vertreiben, sind sicherlich nicht geeignet, das

Menschenverstand gebrauchen. Wir Bürger erwarten von unserer Polizei, dass sie sich nicht zum Handlanger einer völlig entgleisten Corona-Politik macht. Die verantwortlichen Polizeichefs sollen offen Kritik äußern, wenn sie Maßnahmen unverhältnismäßig oder sogar gefährlich finden. In einer Demokratie muss es auch dem Bürger in Uniform möglich sein, offen seine Meinung zu äußern. Dies ist längst nicht mehr der Fall, der Staat reagiert hier brutal mit Versetzungen und Entlassungen. Das darf nicht akzeptiert werden.

SÖDDR 2.0

Langsam wird es peinlich. Am 23. Februar 2021 beantwortete Markus Söder in einem lächerlich inszenierten BILD-Interview politische Fragen kleiner Kinder. Die Sendung wirkte, wie zu Honeckers besten Zeiten im Staatsfernsehen der DDR: Vorgefertigte Fragen, ein gutmütig lächelnder Ministerpräsident, neugierige Kinderaugen...insgesamt also eine richtige Wohlfühlveranstaltung. Söder scheint sich wirklich für gar nichts zu schämen, wenn er nun sogar Kinder für seine Corona-Propaganda einspannen lässt. Mindestens genauso besorgniserregend ist es aber, dass solch abstoßende Hofberichterstattung kaum noch jemandem auffällt. Viele Bürger scheinen vor lauter Dauerberieselung durch die gefühlt gleichgeschaltete Presse geradezu eingeschlafert zu sein. Und politische Opportunisten wie ein Markus Söder nutzen das schamlos aus und inszenieren sich auf eine Weise, dass man vor lauter Fremdscham im Boden versinken möchte. Gott im Himmel, erlöse uns von dem Söder! Und zwar bitte schnell.





„Wenn 60, 70 Prozent geimpft sind, dann kann man noch mal über die Impfpflicht reden.“

Michael Kretschmer, Sächsischer Ministerpräsident

Merkel hat in der Coronakrise eine Impfpflicht kategorisch ausgeschlossen. Gleichzeitig sagte sie aber, dass die Pandemie erst beendet ist, wenn jeder Mensch auf der Welt geimpft ist. Es stellt sich also die Frage, wie man mit den Menschen umgehen wird, die eine Impfung mit einem kaum erprobten, gentechnischen Impfstoff berechtigterweise ablehnen. Der sächsische Ministerpräsident Kretschmer hat möglicherweise die Antwort auf diese Frage gegeben. Werden wir bald Zwangsimpfungen erleben?

EINFAMILIENHAUS IN GEFAHR?

Auf fast allen Kanälen wird derzeit gegen das Einfamilienhaus gewettert. Und natürlich sind es wieder die Grünen, die hier dringenden Bedarf für Regulierung und Verbote sehen. Angeblich gefährden Einfamilienhäuser das Klima, so lautet zumindest der Tenor in der linksgrünen Presse. Das ist deswegen besonders erstaunlich, weil ja gerade Grünen-Wähler gerne privilegiert im Einfamilienhaus in guter Wohnlage wohnen. Nun scheint man sich aber sicher zu sein, dass die Zukunft in

der Stadt liegt. Und wer die Grünen kennt, der weiß auch, dass sie gerne über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden. In China zwingt die Regierung die Bürger übrigens auch in die Städte, weil dort die staatliche Totalüberwachung mit digitaler Technologie einfacher umzusetzen ist. Ob das wohl die wahre Motivation der grünen Weltretter ist? Der Klimawandel ist es mit Sicherheit nicht, denn diesem dürfte es egal sein, wo die Deutschen gerade wohnen.

KAMPFANSAGE DES MITTELSTANDS

Im vergangenen Newsletter berichteten wir über die mittlerweile rund 600 Unternehmen aus der Region Augsburg, die sich im Bündnis „Unternehmerkreis Zukunft in Not“ gegen die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen organisiert haben. Ein ähnliches Netzwerk hat sich nun auch im Landkreis Rosenheim gebildet und innerhalb von einer Woche über 500 mittelständische Unternehmer mit insgesamt 10.000 Arbeitsplätzen zusammengebracht. Das

gemeinsame Ziel der Mittelständler: Die für die derzeitigen Zustände verantwortlichen Politiker sind nicht mehr wählbar. Nicht nur die Corona-Politik, sondern auch die mittelstandsfeindliche Politik der letzten Jahre haben das Fass nun zum Überlaufen gebracht. Und kaum ein Abgeordneter kann es sich leisten, die Wirtschaft im eigenen Wahlkreis gegen sich zu haben. Es bleibt spannend! Die Unternehmerinitiative ist unter www.wir-stehen-zusammen.com erreichbar.

INFO: FRISEURE WIEDER OFFEN

Die Friseure durften am 1. März wieder öffnen. Auch im Kreis Günzburg öffneten die Salons und befreiten die ersten Bürger von ihrer „Lockdownmähne“. Die Vorschriften sind fast die gleichen, wie vor dem Lockdown. Kunden tragen FFP-2-Maske, der Friseur eine Einwegmaske. Nur, wenn es an den Bart geht und der Kunde dafür die Maske auszieht, muss der Friseur auf FFP-2 umsteigen.

Es ist also ein umständliches Prozedere und so mancher Kunde wird den längst überfälligen Friseurtermin wohl noch länger aufschieben. Denn die Maskenpflicht vermiest vielen Kunden die Laune auf den Einkauf, seit April 2020 macht sich das auch besonders im Einzelhandel bemerkbar. Die Frage ist also, ob mit Maskenpflicht eine Erholung der Wirtschaft überhaupt möglich

ist. Leider scheinen die Warnungen der Handelsverbände vom letzten Jahr lange vergessen. Damals wurde deutlich kritisiert, dass ein offener Einzelhandel wegen der Maskenpflicht nicht ansatzweise die Umsätze einfährt, wie ohne Masken. Denkbar wäre, den Gebrauch von Masken auf freiwilliger Basis umzusetzen. Wer sich mit FFP-2 schützen will, kann dies auch ohne Zwang tun.

HUNGERKRISE WEGEN LOCKDOWN

Die weltweiten Lockdowns werden voraussichtlich bis zu 1,2 Millionen Kinder zusätzlich in den Hungertod treiben. Einer Studie der *Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health* zufolge wirken sich die Lockdowns derart verheerend auf die weltweite Nahrungsmittel- und Medikamentenversorgung aus, dass die Zahl der daraus resultierenden Opfer die Zahl der

Coronatoten um ein Vielfaches übersteigen wird. Während Corona für Kinder praktisch harmlos ist, schlagen Hunger und Medikamentenmangel gnadenlos zu. Die politisch Verantwortlichen müssen sich deswegen die Frage gefallen lassen, ob es hier tatsächlich noch um Menschenleben geht. Die derzeitige Corona-Politik wiegt jedenfalls ein Leben gegen das

andere auf – und genau das gilt völlig zu Recht als unethisch. Doch im Kanzleramt und in der Bayerischen Staatskanzlei scheint man sich nicht darum zu kümmern, welche tödlichen Kollateralschäden die eigenen Maßnahmen andernorts verursachen. Es bleibt zu hoffen, dass diese tragische Kurzsichtigkeit eines Tages gerichtlich aufgearbeitet wird.

INSOLVENZEN IN BAYERN

Die bayerischen Unternehmen können Söders Willkür-Lockdown nicht mehr (er)tragen. Laut einer neuen Studie des ifo-Instituts, die der IHK-Verbandschef Herr Dr. Gößl heute zitiert hat, sind 6 Prozent der Unternehmen im Freistaat akut insolvenzbedroht, insgesamt haben 200.000 Unternehmen in Bayern, also ein Fünftel, Liquiditätsprobleme. Das sind zwei große Fußballstadien,

randvoll gefüllt mit Unternehmern die kurz vor der Insolvenz stehen – trotz Corona-Hilfen. Das ist das deprimierende Ende einer völlig unverhältnismäßigen Verbots- und Schließungspolitik. Wir fordern von Söder und der Bayerischen Staatsregierung zum wiederholten Mal nun konsequent alle Geschäfte, Hotels und Gastronomiebetriebe sofort zu öffnen. Die bayerischen Unternehmer brauchen jetzt eine

Perspektive, ansonsten werden ganze Branchen zugrunde gehen. In anderen Ländern wie Schweden oder Russland sind Gastronomie und Einzelhandel geöffnet – und dort stapeln sich auf den Straßen nicht die Toten. Wir richten also ohne Not unsere mittelständische Wirtschaft zugrunde und vernichten hunderttausende Arbeitsplätze, mitsamt den damit verbundenen wirtschaftlichen Existenzen. So geht's nicht weiter.

KLARE ANSAGE IM KREISTAG

Sechs der sieben im Kreistag Günzburg vertretenen Parteien haben dem Haushalt 2021 zugestimmt. Einzig die AfD stimmte wegen den unverhältnismäßig hohen Ausgaben für einen neuen „Fahrradbeauftragten“ sowie Stellen im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gegen den Entwurf. Das Geld für diese überflüssigen Posten würden wir als AfD lieber in Jugendhilfe, Sozialarbeit und Gesundheitswesen investieren. Die Sicherung des Wohls von Kindern und Jugendlichen muss auch zu Zeiten von Corona im Mittelpunkt stehen. Die Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sind systemrelevant und unverzichtbar. Verlässlichkeit der Betreuung in Schule und Kindertagesbetreuung ist für Kinder und Eltern (Vereinbarkeit von Familie und Beruf) essenziell. Gefährdungen („Fälle des Kinderschutzes“) müssen gewissenhaft erkannt und bearbeitet werden. Abgelehnt haben wir den Haushalt auch wegen der unzumutbar hohen Ausgaben

für unbegleitete Jugendliche. Bis zu 60.000 Euro pro Jugendlichen ist deutlich zu hoch und nicht verhältnismäßig. Zwar sind das staatliche Pflichtaufgaben, die der Landkreis erfüllen muss und die Kosten im Wesentlichen auch aus Bundesmitteln erstattet werden, wir sehen es als Opposition jedoch auch als unsere Aufgabe falsch angelegte Programm abzulehnen, damit der Druck von „unten nach oben“ weitergegeben wird. Uns als AfD Fraktion ist sehr wohl bewusst, dass es sich bei der Betreuung von Flüchtlingen um Pflichtleistungen des Landkreises handelt, gleichwohl haben wir den Auftrag, sorgsam mit den Finanzmitteln umzugehen. Es ist dabei festzustellen, dass sich in den vergangenen Jahren die Aufgabenschwerpunkte von der zügigen Unterbringung und Versorgung neu ankommender Flüchtlinge hin zu einer intensiveren Betreuung der Migranten verändert hat. Dieses Problem wollen wir zukünftig mit Augenmaß und Vernunft angehen.

„Das Geld für den „Fahrradbeauftragten“ würde die AfD lieber in Jugendhilfe, Sozialarbeit und Gesundheitswesen investieren.“



ENDLOS-LOCKDOWN

Der Lockdown wurde bis 28. März 2021 verlängert. Gleichzeitig wurden neue Kriterien eingeführt, die für Öffnungen erfüllt sein müssen. Unter anderem soll der breite Einsatz von Schnelltests zur Sicherheit bei den Lockerungen beitragen. Das Problem dabei: Die Tests produzieren auch falsch-positive Ergebnisse. Wenn nun Millionen Bürger vor jedem Einkauf einen Test machen, entstehen so viele falsch-positive Testergebnisse, dass allein damit die Inzidenzwerte von 35 oder 50 überschritten werden können – obwohl niemand infiziert wurde. Dieses Verfahren könnte also zu einem Dauer-Lockdown bis zum Sankt-Nimmerleinstag führen. Und vielleicht ist auch genau das das Ziel von Bundes- und Staatsregierung. Denn offensichtlich gefällt es den Regierenden, welche Macht sie aktuell ausüben können.

DIE GUTE NACHRICHT

Die Zustimmung der Bürger zu den Corona-Maßnahmen der Bundesregierung ist von 73 Prozent auf 35 gefallen. Rund die Hälfte der Befragten fordert ein sofortiges Ende des Lockdowns. Auch die Öffnung von Schulen wird zunehmend gefordert. Diese Entwicklung zeigt, wohin der Schlingerkurs von Bundes- und Staatsregierung in der Krise führt: Die Bürger verlieren das

Vertrauen in den Staat. Insbesondere Gesundheitsminister Spahn steht mittlerweile deutlich in der Kritik und hat vor allem durch den nicht nachvollziehbaren Wechsel der entscheidenden Parameter zur Beurteilung des Infektionsgeschehens massiv an Vertrauen eingebüßt. Wer von der Auslastung der Intensivbetten über den R-Wert zur 7-Tage-

Inzidenz wechselt, und dann noch dazu ständig die angestrebte Inzidenz willkürlich nach unten verschiebt, darf sich nicht wundern, wenn er irgendwann nicht mehr ernstgenommen wird. Es bleibt zu hoffen, dass die Bürger bis zur Bundestagswahl nicht vergessen haben, wer für dieses Trauerspiel verantwortlich ist und wer vor den Kollateralschäden gewarnt hat.

IMPRESSUM | V.i.S.d.P.

ANSCHRIFT:

Gerd Mannes, MdL
Max-Planck-Straße 1
81675 München

TELEFON:

089 4126-3412

E-MAIL:

gerd.mannes@afd-landtag.bayern

Bildnachweise:

Seite 2: Foto: Michael Lucan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-10-12_Markus_Söder_CSU_8341.jpg), „2018-10-12 Markus Söder CSU 8341“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Seite 6: Guido Radig (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Maximilianeum_-_Frontseite_-_Panorama.jpg), „Maximilianeum - Frontseite - Panorama“, Zuschnitt und Änderung auf S/W, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode>

Besuchen Sie mich unter:

www.gerd-mannes.de

www.instagram.com/gerdmannes/

www.facebook.com/GerdMannes/

www.twitter.com/GerdMannesAfD

